

Marfa Heimbach ·
Die Entwicklung der islamischen
Gemeinschaft in Deutschland seit 1961

ISLAMKUNDLICHE UNTERSUCHUNGEN · BAND 242

begründet
von
Klaus Schwarz

herausgegeben
von
Gerd Winkelhane

KLAUS SCHWARZ VERLAG · BERLIN

ISLAMKUNDLICHE UNTERSUCHUNGEN · BAND 242

Marfa Heimbach

**Die Entwicklung der islamischen
Gemeinschaft in Deutschland seit 1961**



KLAUS SCHWARZ VERLAG · BERLIN · 2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Heimbach, Marfa:

Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1961 /

Marfa Heimbach. – Berlin : Schwarz, 2001

(Islamkundliche Untersuchungen ; Bd. 242)

ISBN 3-87997-295-8

Alle Rechte vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages
ist es nicht gestattet, das Werk oder einzelne Teile daraus
nachzudrucken oder zu vervielfältigen.

© Gerd Winkelhane, Berlin 2001.

Klaus Schwarz Verlag GmbH, Postfach 4102 40, D-12112 Berlin

ISBN 3-87997-295-8

Druck: Offsetdruckerei Gerhard Weinert GmbH, D-12099 Berlin

ISSN 0939-1940

ISBN 3-87997-295-8

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1. Literatur und Forschungsstand	12
1.2. Quellenlage	16
1.3. Zur Transkription	21
2. Strukturen des Islams in Deutschland vor der Arbeitsmigration	23
2.1. Die Vorgeschichte bis zum Ende des Ersten Weltkriegs	23
2.1.1. Muslime in Deutschland bis zum Ende des 19. Jh.s	23
2.1.2. Instrumentalisierung der Muslime im Ersten Weltkrieg	27
2.2. Motive islamischer Selbstorganisation bis 1945	31
2.2.1. Die Islamische Gemeinde Berlin und Motive ihrer Spaltungen	31
2.2.2. Die Aḥmadiya	35
2.2.2.1. Entstehungsgeschichte und Lehre der Aḥmadiya	35
2.2.2.2. Die Aḥmadiya in Deutschland	37
2.2.3. Konfliktstrukturen zwischen Aḥmadiya und Islamischer Gemeinde	43
2.3. Institutionelle Gründungen	48
2.3.1. Das Islam-Institut und die Zeitschrift Moslemische Revue	48
2.3.2. Das Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland (ZIAD) und die neue Moslemische Revue	52
2.4. Islamische Gemeinde-Organisationen zwischen 1945 und den Anwerbeabkommen	58

3. Die Anwerbungen seit 1961 und ihre Bedeutung für die Entwicklung islamischer Verbandsbildungen in Deutschland	61
3.1. Geographische, ethnische und religiöse Vielfalt der Muslime seit 1961	61
3.2. Alte Strukturen - neue Migranten und Gründe einer mißlungenen Integration	67
3.3. Neubeginn in den 70er Jahren: Die Moscheevereine	70
3.4. Die Sonderentwicklung der türkisch-islamischen Verbände	74
3.4.1. Türkische Tageszeitungen: Deutschlandbeilage	75
3.4.2. Politische Interessenvertretungen	84
3.4.3. Ordensähnliche Gemeinschaften in Deutschland	91
3.4.3.1. Islam Kültür Merkezleri Birliği (Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.) (VIKZ)	91
3.4.3.2. Islamische Gemeinschaft Jama'at un-Nur e.V. (Nurcular)	102
3.4.4. Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V. (IGMG)	106
3.4.5. Diyanet İşleri Türk İslam Birliği (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) (DITIB)	123
 4. Die islamischen Organisationen in den Strukturen der Bundesrepublik Deutschland	 129
4.1. Die Anerkennungsfrage	129
4.2. Bedeutung der Anerkennung als Körperschaft des Öffentlichen Rechts	139
4.2.1. Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen	142
4.2.2. Weitere Aspekte und Konsequenzen	153
4.3. Gründung der islamischen Dach- und Spitzenverbände	156

Schlußbetrachtung	165
Abkürzungsverzeichnis	173
Quellen	177
Literaturverzeichnis	185
Index	205

1. Einleitung

Der Islam ist heute mit rund drei Millionen Glaubensangehörigen in Deutschland die zweitgrößte Religion nach dem Christentum. Vereinzelt leben Muslime im Gebiet der heutigen Bundesrepublik bereits seit über 250 Jahren, doch erst mit dem Jahr 1961 setzt eine große, alles frühere überlagernde Veränderung ein. In den 50er Jahren führte der hohe Bedarf an Arbeitskräften im westlichen Nachkriegsdeutschland zu Anwerbeabkommen mit Italien, Griechenland, Spanien und Portugal. Doch im August 1961 ließ der Bau der Berliner Mauer schlagartig den riesigen Flüchtlingsstrom aus der noch jungen DDR versiegen und noch im selben Jahr schloß die Bundesregierung nun auch ein Anwerbeabkommen mit der Türkei. Ihm folgten 1963 und 1965 die Abkommen mit Tunesien und Marokko, 1968 mit Jugoslawien. Innerhalb von vier Jahrzehnten wuchs die Zahl der Muslime in Deutschland durch Gastarbeiter, nachziehende Familien, Kinder und Kindeskiner sowie Konvertiten und Kriegsflüchtlinge auf rund drei Millionen. In der Bundesrepublik entstand ein kleiner islamischer Kosmos, ein Spiegel unzähliger islamischer Gruppierungen auf engstem Raum. Darunter nicht nur Sunniten, Schiiten und Aleviten, nicht nur Angehörige aller vier großen sunnitischen Rechtsschulen (madhab), sondern auch eine große Vielzahl volksislamischer, mystischer Bruderschaften und Sufigemeinschaften (ṭariqa, Pl. ṭuruq). Es wäre ein Thema für sich, die Vielfalt dieser Ausprägungen in Deutschland zu untersuchen.

Die folgende Untersuchung betrachtet historisch die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland vor dem Hintergrund des deutschen Staatskirchenrechts. Dabei wird unter dem Begriff 'islamische Gemeinschaft' keine inhaltliche Einheit, sondern die Summe aller islamischen Ausprägungen verstanden, denn der Islam präsentiert sich faktisch in zahlreichen verschiedenen islamischen *Gemeinschaften*. Obwohl der Islam eine der großen Weltreligionen und die zweitgrößte Religion in Deutschland ist, bildet die Religion als solche keine Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes. Wohl aber können einzelne, inhaltlich und mitgliedschaftlich definierte Ausprägungen Anspruch

auf Anerkennung als Religionsgemeinschaft erheben. Denn "Religionsgemeinschaft" ist ein juristischer Terminus, der basierend auf der Weimarer Reichsverfassung von 1919, dem Reichskonkordat von 1933 und den evangelischen Kirchenverträgen Eingang ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fand und das Verhältnis zwischen dem Staat und den Kirchen bzw. den Religionsgemeinschaften definiert. Diese können entweder privatrechtlich, z.B. in Form von eingetragenen Vereinen, organisiert sein oder als Körperschaften des Öffentlichen Rechts. Letztere beruhen darauf, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften mit dem Staat einen gegenseitigen Vertrag eingehen, mit dem beiderseits bestimmte Rechte und Pflichten verbunden sind. Dazu gehören äußerlich nachvollziehbare organisatorische Strukturen, z.B. der Ansprechpartner, der stellvertretend für die Gläubigen die Religionsgemeinschaft gegenüber dem Staat verbindlich vertritt. Für die beiden großen Kirchen, die Katholische und die Evangelischen Kirchen, die historisch bedingt entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung des deutschen Staatskirchenrechts ausübten, bildete insofern die Frage der Institution und Repräsentanz kein Problem, da beides lange vorher gegeben war. Niemand ahnte zu diesem Zeitpunkt, daß eines Tages die Frage auftaucht, wie sich das völlig anders geartete Selbstverständnis des Islam in diese Strukturen einfügen könnte. Denn das islamische Recht kennt keine zentrale Organisation, die islamische Gemeinschaft ist nicht hierarchisch strukturiert, sie kennt keine Gemeindeleitung, kein Lehramt und keine Lehrautorität.

Diesem Selbstverständnis steht nun die Forderung nach Organisation und Benennung eines Ansprechpartners seitens der deutschen Behörden gegenüber, ohne die eine Anerkennung als Körperschaft im Sinne des Grundgesetzes nicht erfolgen kann. Wer kann dieser Ansprechpartner sein? Und welchen Einfluß übt diese Gesetzeslage auf die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland aus? Denn immerhin haben inzwischen mehrere islamische Organisationen einen Antrag auf Erteilung der Körperschaftsrechte gestellt und rivalisieren um die Alleinvertretung der Muslime in Deutschland. Wer sind diese Organisationen, wie legitimieren sie sich und wen repräsentieren sie?

Die vorliegende Untersuchung betrachtet den Konflikt 'islamisches Selbstverständnis-Staatskirchenrecht' nicht aus theologischer Perspektive. Das Ziel ist vielmehr, entwicklungshistorisch nachzuvollziehen, in welche Situation die Bundesrepublik und die hier lebenden Muslime geraten sind, um dadurch eine Basis zu schaffen, auf der eventuell neue, weitergehende Überlegungen erst beginnen können.

Den zeitlichen Rahmen dieser Untersuchung bilden im wesentlichen die Jahre seit dem Anwerbeabkommen mit der Türkei bis hin zu der bislang letzten Entwicklungsstufe, den islamischen Spitzenverbänden, also die Jahre von 1961 bis etwa Anfang 2001. Auf eine historische Betrachtung der Zeit vor 1961 kann aber nicht verzichtet werden. Denn Muslime leben nicht erst seit 1961 in Deutschland und Ansätze islamischer Strukturen hatten sich zum Zeitpunkt der Anwerbungen bereits entwickelt. Daher orientiert sich der Aufbau der Untersuchung an zwei strukturellen Hauptebenen:

1. Gemeinschaften bzw. Organisationen, gegründet von Personen oder Personengruppen, die schon vor der Anwerbung in Deutschland lebten, weshalb hier auch eine Vergangenheit über das Jahr 1961 hinaus in die Betrachtung mit einbezogen wird (zweites Kapitel).

2. Gemeinschaften bzw. Organisationen, gegründet von Personen oder Personengruppen, die erst infolge der Anwerbeabkommen in Deutschland entstanden sind und folglich keine über den Betrachtungszeitraum zurückreichende Vergangenheit in Deutschland aufweisen (drittes Kapitel).

Die Untersuchung konzentriert sich hierbei exemplarisch auf die größten Organisationen und jene, die den Antrag auf Erteilung der Körperschaftsrechte stellten.

Da sich die neuere Publizistik weitgehend auf eine mehr als 250-jährige Präsenz des Islam in Deutschland beruft, soll das zweite Kapitel zunächst einen kurzen Überblick über die Frühzeit ermöglichen. Seit den 20er Jahren des 20. Jh.s entstanden dann Organisationen, die teilweise bis heute fortbestehen. Die eingehende Betrachtung dieser Organisationen von den 20er Jahren bis zum Beginn der Anwerbung und darüber hinaus dient der Analyse von Gründungsmotiven

und Konfliktstrukturen, die zum Fortbestand, Spaltungen bzw. Ende der Organisationen führten.

Das dritte Kapitel beleuchtet zunächst im Überblick die geographisch-ethnische und religiöse Vielfalt der Muslime in Deutschland seit 1961. Ferner wird der Frage nachgegangen, inwiefern die bereits vorhandenen islamischen Strukturen von den neu Zuziehenden genutzt wurden, bzw. genutzt werden konnten, welche Kriterien einer zusätzlichen Selbstorganisation zugrunde lagen und welche Rolle Sunna, Schia, Alevitentum oder die Rechtsschulen bei der Selbstorganisation spielten.

Da bislang arabische, albanisch-bosnische oder pakistanische Muslime keine großen Dachverbände gegründet haben und ausnahmslos türkisch-islamische Organisationen den Antrag auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts gestellt haben, die ihren Anspruch obendrein aus der türkischen Mehrheitssituation heraus zu legitimieren versuchen, soll im Hauptteil des dritten Kapitels die Sonderentwicklung der türkisch-islamischen Verbandsbildung betrachtet werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Entstehung, Geschichte, den Motiven und Zielen dieser Verbände, um der Frage nachzugehen, ob sie erstens tatsächlich eine Mehrheit repräsentieren und inwiefern sie geeignet sind, die Vielzahl der Muslime in Deutschland gegenüber deutschen Behörden zu vertreten.

In den Jahren der Gastarbeiteranwerbung nahmen alle Beteiligten an, es handele sich um einen vorübergehenden Aufenthalt und somit um eine vorübergehende Massenpräsenz des Islams in Deutschland. Doch vierzig Jahre später muß man von einer dauerhaften Präsenz ausgehen. Mehr als hunderttausend Muslime haben die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und gebürtige Deutsche sind in höherer Zahl zum Islam konvertiert. Die Mehrheit der ehemaligen Gastarbeiter, die noch einen ausländischen Paß besitzen, werden wohl auf Dauer hier leben. Mehr noch, durch die Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 2000 wird jedes in Deutschland geborene Kind automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sofern ein Elternteil mindestens

seit 8 Jahren in Deutschland lebt,¹ somit auch die muslimischen Kinder. Spätestens durch dieses Gesetz wurde eine dauerhafte Präsenz des Islam verankert. Im vierten Kapitel wird deshalb zunächst auf die Beziehung von Staat und Religionen in Deutschland eingegangen sowie auf die Bedeutung der Körperschaftsfrage für die Muslime. Des weiteren wird die zweite Organisationsstufe islamischer Verbandsbildungen in Form der Dach- und Spitzenverbände betrachtet. Den Abschluß bildet die Frage, welche Faktoren die islamische Gemeinschaft aufgrund der bisherigen historischen Entwicklung geprägt haben, wie sich diese auf die Muslime und die Bundesrepublik Deutschland auswirken und welche Perspektiven für die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime beziehungsweise für die Zukunft des Islam in Deutschland bestehen.

¹ Erst mit dem 21. Lebensjahr muß sich ein Kind dann entscheiden, ob es fortan die deutsche oder die Staatsbürgerschaft seiner Eltern behalten möchte. Dieser Zusatz wird momentan noch in den Pressemitteilungen des Zentrums für Türkeistudien (ZfT) zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht ausgeklammert. Nach Hochrechnungen des Instituts werden bis zum Ende des Jahres 2003 rund 900.000 Deutsche türkischer Herkunft erwartet. Vgl. ZfT: Pressemitteilungen vom 25.11. und 30.12.1999. Zu Muslimen anderer nationaler Herkunft liegen keine Einschätzungen vor.

1.1. Literatur und Forschungsstand

Bei der Literaturrecherche zum Themengebiet 'islamische Gemeinschaften' oder 'Islam in Deutschland' erwies sich eine merkwürdige Diskrepanz zwischen der quantitativen Fülle populärwissenschaftlicher Literatur, was auf ein recht hohes öffentliches Interesse hinzudeuten scheint, und einer sehr geringen Zahl wissenschaftlich fundierter Untersuchungen, in denen meist Einzelaspekte betrachtet wurden. Eine entwicklungshistorische Untersuchung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland vor dem Hintergrund des Staatskirchenrechts und der Gesamtheit der Muslime in Deutschland liegt bislang nicht vor.

Von wenigen vereinzeltten Artikeln abgesehen, setzen sowohl populärwissenschaftliche als auch wissenschaftliche Arbeiten erst Ende der 70er Jahre ein, und zwar in etwa zeitgleich mit der Erkenntnis, daß der ursprünglich als vorübergehend geplante Aufenthalt muslimischer Gastarbeiter sich zu einer längerfristigen Anwesenheit entwickelte. Die Untersuchungen konzentrieren sich darüber hinaus ausschließlich auf die 'Anwerbe-Muslime', obwohl parallel schon seit Jahrzehnten islamische Gemeinschaften unterschiedlicher Herkunft in Deutschland lebten.

Die meisten der bislang vorliegenden Studien zum Islam und muslimischer Bevölkerung in Deutschland stammen aus den Wissenschaften der Soziologie und Politikwissenschaft und betrachten die Muslime im Kontext der Ausländerpolitik, seit Mitte der 90er Jahre häufiger auch im Kontext der Einwanderungspolitik. Die Soziologie leitet mittels quantitativer und qualitativer empirischer Methodik aufgrund von definierten Merkmalen Trendaussagen ab, deren "Ergiebigkeit für die weitere Forschung und für die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse davon ab[hängt], ob und inwieweit sie im Lichte jener Bedingungen gelesen und verstanden werden kann, unter denen die Forschung selber steht."² Die Politikwissenschaft widmet sich seit jeher der Erforschung der Formen politischer Herrschaft. "Es geht um die rationale Erhellung der politischen Entscheidungssituationen ... und deren Bestimmungsfaktoren."³

² Matthes: Art. Soziologie, in: Staatslexikon, Bd. 5, S. 97.

³ Hättich: Art. Politikwissenschaft, in: Staatslexikon, Bd. 4, S. 448.

Unter diesen Bestimmungsfaktoren wird in Einzelfällen auch die Religion der Gastarbeiter einbezogen. Diese gelegentliche Einbeziehung besteht allerdings meist aus allgemeinen, in jeder islamwissenschaftlichen Einführungsliteratur nachlesbaren Grundinformationen zur Entstehungsgeschichte des Islam oder zum Thema 'Muḥammad und der islamische Staat' und ähnliches. Durch die Verknüpfung von idealtypischen, theologischen Theorien und frühislamisch historischen Grundlagen mit dem aktuellen soziologischen bzw. politikwissenschaftlichen Betrachtungsgegenstand wird so nicht selten ein schiefes, sogar irreführendes Bild erzeugt. Die Islamwissenschaften, die, ganz abgesehen von ihrer philologischen Tradition und Kompetenz, die Religion des Islam als Teil des breiten Spektrums literarischer, historischer, sozialer und politischer Kultur der islamischen Welt betrachten, könnten hier eine wichtige Ergänzung darstellen.

Seit 1988 entstanden einige Monographien und Artikel zu zahlreichen Einzelaspekten, die sich weitgehend im viel stärker beachteten Umfeld der ausschließlich türkischen Arbeitsmigration unter soziologischen und politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten bewegen. Zu nennen sind hier vor allem die Studien des Zentrums für Türkeistudien (ZfT), das mehrere Arbeiten zu 'Türken in Deutschland', 'Türken als Unternehmer' oder schließlich 1995 auch 'Türkische Muslime in Nordrhein-Westfalen' herausgab, das 1997 in 3. überarbeiteter Auflage erschien. Da das Zentrum für Türkeistudien in erster Linie migrationspolitischen Fragestellungen nachgeht, werfen die Untersuchungen, die überwiegend islamistisch-fundamentalistischen Fragestellungen nachgehen, dem ZfT eine unkritische Haltung vor. Hierzu gehört die 1988 erschienene kritische Arbeit von Karl Binswanger und Fethi Sipahioğlu zu türkisch-islamischen Vereinen und ihren finanziellen und wirtschaftlichen Verflechtungen. Ferner die 1989 als Dissertation vorgelegte Arbeit von Ertekin Özcan zu türkischen politischen Immigrantengorganisationen und politischen Orientierungen unter Türken in der Bundesrepublik, die unter anderem auch den Islamismus als politische Richtung einbezieht. Explizit kritisch zu den Studien des ZfT äußern sich vor allem Nils Feindt-Riggers und Udo Steinbach in ihrem 1997 erschienenen knappen Arbeitspapier zu islamischen Organisationen, die darin politisch-islamistische

Aspekte untersuchen und zu dem Schluß gelangen, daß alle Organisationen eine fundamentalistische Grundhaltung aufweisen.

Umfassende Darstellungen zu dem breitgefächerten Thema des Islam in Deutschland, auch unabhängig von migrationspolitischen Fragen, gibt es nur sehr wenige. Eine Ausnahme bildet hier das bereits 1981 erschienene Buch von Muhammad Salim Abdullah "Die Geschichte des Islams in Deutschland", das sich vor allem um die Erforschung der frühen Geschichte des Islams in Deutschland bemüht, und durch sein 1993 erschienenes Werk "Was will der Islam in Deutschland?" fortgesetzt wurde. Durch seine persönlichen Interessen und biographischen Verflechtungen mit nationalen und internationalen islamischen Organisationen bewegen sich seine Werke in einer Grauzone zwischen ansatzweise wissenschaftlicher Arbeit und der Quellengattung der Historiographie.

Erst 1998 erschien das bislang einzige aus islamwissenschaftlicher Fachrichtung stammende und sehr fundierte Werk von Ursula Spuler-Stegemann, der mit 'Muslime in Deutschland' ein Überblick gelang, der durch seine knappen, präzisen Kapitel bereits den Charakter eines umfassenden Handbuchs trägt. Ein 1997 veröffentlichtes Werk von Peter Heine, unter dem Titel 'Halbmond über deutschen Dächern. Muslimisches Leben in unserem Land', suggeriert zwar auf den ersten Blick einen Bezug zum hier gestellten Thema, bei näherer Betrachtung handelt es sich aber nur um eine allgemeine Darstellung des Islams, der islamischen Geschichte und islamischer Glaubenspraxis.⁴

1999 erschien die höchst bemerkenswerte empirische Studie zu Koranschulen in türkisch-islamischen Gemeinden von Hasan Alacacioğlu. Diese zu dem eher speziellen Aspekt des außerschulischen Religionsunterrichts verfaßte Arbeit legte Alacacioğlu, der in Izmir/Türkei islamische Theologie studierte, als Dissertation im Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Münster vor.

⁴ Auf insgesamt 343 Seiten wird das Thema des Islam in Deutschland nur ganz am Rande gestreift und auf Quellenangaben wird vollständig verzichtet. Z.B. behandelt der Abschnitt 'muslimische Kinder in deutschen Schulen' (S. 156-167) zunächst die frühislamischen Schulen (S. 156-64) und nicht etwa das Schulwesen seit dem Nationenbildungsprozeß der islamischen Staaten. Die Seiten 164-67 zur Gegenwart bieten kaum mehr als Mutmaßungen.

Etwas aus dem Rahmen fällt die in sehr emotionaler, teilweise tendenziöser Sprache verfaßte Arbeit des türkischen Journalisten Metin Gür aus dem Jahr 1993, die viele Bilddokumente und Interviews enthält. Sie vermittelt persönliche Emotionen und Stellungnahmen ablehnender Natur gegenüber türkisch-islamischen Vereinigungen in Deutschland, wodurch das ganze Buch selbst bei aller gebotenen wissenschaftlichen Zurückhaltung zum Dokument einer extremen Gegenposition wird.

Da die Türken mit Abstand die Mehrheit unter den in Deutschland lebenden Muslimen bilden und die Türkei seit der kemalistischen Staatsgründung mit dem Prinzip des Laizismus einen in der islamischen Welt einmaligen Sonderweg gegangen ist, gewannen in dem hier untersuchten Kontext auch neuere Arbeiten türkischer Soziologen zur innertürkischen Entwicklung an Bedeutung, allen voran die Studien von Şerif Mardin, 'Türkiye'de Din ve Siyaset' [Religion und Politik in der Türkei] von 1992 und zu einem der großen Kontrahenten des türkischen Laizismus, 'Bediüzzaman Said Nursi olayı Modern Türkiye'de din ve toplumsal değişme' [Die Veränderung von Religion und Gesellschaft in der modernen Türkei durch B. Said Nursi] von 1993 sowie die Studie von Cemal Tosun, 'Din ve Kimlik' [Religion und Identität] von 1993. Aus islam-theologischer Richtung wurden die Untersuchungen der Theologen Hayreddin Karaman 'Diyanet, Dini Hürriyet, Baskı ve Hoşgörü Üzerine' [Über das Diyanet, Religionsfreiheit, Zwang und Toleranz] von 1992 und von Hüseyin Atay 'Kuran'na Göre Araştırmalar' [Forschungen im Hinblick auf den Koran] von 1995 mit in die Untersuchung einbezogen.

Abschließend sind noch die Publikationen deutscher Behörden zu nennen, darunter des Verfassungsschutzes, der die türkische Organisation der AMGT (heute IGMG), die Gruppe um Cemalettin Kaplan (ICCB), einige in 'Islamischen Zentren' der 'Muslimbruderschaft' organisierte arabische Muslime sowie die der iranischen Regierung nahe stehenden Organisationen (Islamisches Zentrum Hamburg und die 'Union der islamischen Studentenvereine in Europa') beobachtet und je nach dem Jahr in seine Berichte aufnimmt. Darüber hinaus haben zahlreiche Ausländerbeauftragte der Städte und Länder inzwischen Regionalstudien zur Situation der Muslime in ihren Regionen in Auftrag

gegeben, da die Debatte um die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen ein erhebliches Informationsdefizit zum Thema 'Islam als Religionsgemeinschaft' offenbarte. Diese Studien erweisen sich vor allem als Bestandsaufnahme vorhandener und geplanter Moscheen sowie in der Region ansässiger Moscheevereine und Verbandsniederlassungen als wertvoll.

Veröffentlichungen zum Islam in Deutschland werden auch von den islamischen Organisationen rezipiert und gelegentlich kommentiert. Besonderes Augenmerk gilt hierbei natürlich besonders der Darstellung eigenen Organisation. Höchst kritische Reaktionen rief z.B. das Arbeitspapier von Feindt-Riggers/Steinbach (1997) hervor, dem man mit Hilfe eidesstattlicher Erklärungen und den Forschungen des ZfT zahlreiche falsche Behauptungen, Unterstellungen und Unwissenschaftlichkeit nachzuweisen suchte. Neutral bis positiv sind die Reaktionen auf Spuler-Stegemanns 'Muslime in Deutschland' (1998). Allerdings werden selektiv in dem Werk enthaltene atmosphärische Beschreibungen herausgegriffen, während kritische Aspekte unreflektiert bleiben. Die emotionale Haltung von Metin Gür (1993) wird registriert, wobei der VIKZ allerdings anmerkt, Gür habe seine früheren Ansichten inzwischen mündlich revidiert. Eine Reaktion auf die aus theologischer und pädagogischer Perspektive verfaßte Untersuchung zu Koranschulen von Alacacioğlu (1999) konnte nicht gefunden werden.

1.2. Quellenlage

Der hier unter historischen Gesichtspunkten angestrebten Untersuchung zur Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik seit 1961 kann erwartungsgemäß keine spezifische Einzelquelle zugrunde liegen. Auch Quellensammlungen zum Islam in Deutschland liegen nicht vor. Ebenso mußte auf dokumentarische Quellen (z.B. Akten) der staatlichen Behörden verzichtet werden, da diese aufgrund der 30-Jahre-Frist für den hier wesentlichen Zeitraum ab Mitte der 70er Jahre noch nicht freigegeben sind. Eine Ausnahme bilden hier die in Augenschein genommenen Akten des Auswärtigen Amtes für die 20er und 30er Jahre des 20. Jh.s. Insgesamt muß daher auf eine Vielfalt unterschied-

licher, überwiegend erzählender Quellengattungen zurückgegriffen werden, die aufgrund der Natur des Themas in deutscher und türkischer Sprache verfaßt sind. Diese Quellen wurden unter den Gesichtspunkten der historischen Methode quellenkritisch gesichtet und für die Untersuchung ausgewertet.

Für den migrationsunabhängigen Islam in Deutschland wurden vor allem die Werke von Muhammad Salim Abdullah zu einer wichtigen Quelle, obwohl sie sich, wie oben ausgeführt, in einer Grauzone zwischen wissenschaftlichem Anspruch und der Quellengattung der Historiographie bewegen. Abdullah, der sich seit den 70er Jahren um eine historische Aufarbeitung des Islams in Deutschland bemüht, ist vor allem aber durch seine persönliche Biographie und seine Tätigkeiten in verschiedenen islamischen Institutionen in Deutschland unmittelbar in die jüngere Entwicklung involviert, hat sie sogar entscheidend mitgestaltet.⁵ Unter diesem Gesichtspunkt müssen seine Werke kritisch betrachtet werden, denn es steht zu vermuten, daß er in seinen zahlreichen Werken auch die Interessen zumindest der Organisationen in Deutschland vertritt, für die er selber arbeitet.

Eine weitere wichtige Quellengattung bilden die deutschen und türkischen Tageszeitungen und Zeitschriften, wobei sich die türkischen Tageszeitungen in den türkeitürkischen Teil und die seit den 70er Jahren erscheinende eigene Europa- bzw. Deutschlandbeilage gliedern, in der u.a. über Belange der Türken in Deutschland berichtet wird. Im allgemeinen können Zeitungen als Spiegel der öffentlichen Meinung betrachtet werden, was aber eine tendenziöse Berichterstattung und parteipolitische Orientierungen nicht ausschließt. Den Deutschlandbeilagen, ihrem Tenor und ihren Tendenzen wurde deshalb im Verlauf der Untersuchung ein eigenes Kapitel gewidmet (vgl. Kap. 3.4.1.). Leider fehlt analog eine solche Deutschlandausgabe in den hier zum Verkauf angebotenen arabischen und persischen Tageszeitungen. In den türkischen Zeitungen ist das

⁵ Abdullah wurde 1931 als Sohn einer Deutschen und eines eingewanderten osmanischen Offiziers geboren. Er ist der Neubegründer und Herausgeber der Moslemischen Revue (vgl. Kap. 2.3.2.), leitet seit 1971 das in Soest ansässige Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland (vgl. Kap. 2.3.2) und ist seit 1974 Vorsitzender der deutschen Sektion des Islamischen Weltkongresses. Seit 1988 ist er als erster Westeuropäer gleichzeitig offizieller Vertreter des Islamischen Weltkongresses bei den Vereinten Nationen in Wien. Vgl. Khan (World Islamic Congress, Karachi): Muhammad Salim Abdullah zum 60. Geburtstag, in: Moslemische Revue 1 (1991), S. 68-69 (künftig: Moslemische Revue=MR). Darüber hinaus ist er aktives Vorstandsmitglied im Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Kap. 4.3.).

Thema Islam, Islam in Deutschland oder Türken als Muslime - abhängig von der jeweiligen politischen Zuordnung der Zeitungen - unterschiedlich häufig und mit unterschiedlicher Tendenz vertreten.

Eine weitere Quellengattung stellen die verbandseigenen Schriften und Veröffentlichungen dar. Dazu gehören Vereinssatzungen, Selbstdarstellungen, Informationsbroschüren, Flugblätter und Pressemitteilungen. Diese Schriften der verschiedenen Verbände in Deutschland werden je nach Zielgruppe sowohl in türkischer als inzwischen vielfach auch in deutscher Sprache verfaßt. Im Falle der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş teilweise sogar ebenfalls in englischer und arabischer Sprache; dies ist als Hinweis darauf zu werten, daß sich die Gemeinschaft auch über die Grenzen Deutschlands hinaus zu präsentieren versucht. Quellenkritisch zu beachten ist bei diesen Schriften (mit Ausnahme der Satzungen), daß sie nur in den seltensten Fällen datiert sind, und daß sie neben allgemeinen Informationen zwar viel darüber aussagen, wie der entsprechende Verein von Außenstehenden gesehen werden möchte, aber nicht unbedingt viel darüber, wie der Verein tatsächlich ist. Darüber hinaus weisen türkische und deutsche Fassungen oft Unterschiede auf. Das heißt, es handelt sich oft nicht einfach nur um Übersetzungen. Besonders in den neueren Ausgaben zu Beginn der 90er Jahren ist in den deutschen Fassungen meist ein umfangreicher Abschnitt über den Willen zum Dialog, zur Integration und zum Bekenntnis zu Verfassung und Grundgesetz ergänzt worden, der den türkischen Fassungen zunächst fehlte, in den meisten Ausgaben aber um 1999/2000 ergänzt wurde.

Einen umfangreichen, fast ausschließlich in türkischer Sprache erschienenen, schriftlichen und visuellen 'Quellenhort' bilden die verbandseigenen Buchläden mit Publikationen und Videos, wozu neben allgemeinen Schriften zum 'wahren Islam' je nach Ausrichtung des Verbands unzählige Biographien von Süleyman Efendi gehören (vgl. Kap. 3.4.3.1.), ebenso unzählige Abhandlungen zum Gedankengut Said Nursis und seinem Werk 'Risale-i Nur' (vgl. Kap. 3.4.3.2.), aber auch antijüdische und Anti-Freimaurerschriften, darunter als Übersetzung aus dem Deutschen die "Protokolle der Weisen von Zion" und Hitlers "Mein Kampf". Allerdings mußte festgestellt werden, daß sich darunter keine einzige